

Liebe Aktive bei XR und Sympathisant*innen,

herzlichen Dank für Eure Anfrage.

Wir finden es hervorragend, dass ihr Euch engagiert und für eine Verbesserung der Verhältnisse auf dieser Welt kämpft! Leider sind Eure Aktionen hin und wieder etwas außerhalb des rechtlichen Rahmens, in dem wir uns für Veränderungen einsetzen, aber wir verstehen durchaus, warum ihr diesen Weg wählt.

Basisdemokratie jetzt fordert für alle wichtigen anstehenden Entscheidungen geloste Bürger*innen-Räte, die sich mit allen Aspekten der jeweiligen Frage in Ruhe und mit der Hilfe von geschulten Moderator*innen und Beiträgen von Expert*innen und Interessenvertreter*innen befassen. Die Empfehlungen der Bürger*innen-Räte werden durch Basisdemokratie jetzt 1 zu 1 in den Rat eingebracht, soweit sie nicht im Widerspruch zu unseren Grundwerten (Demokratie, Gerechtigkeit, Weltoffenheit, Zukunftorientierung und Frieden) stehen.

Die Ergebnisse werden wir veröffentlichen und damit den Druck zur Umsetzung der Empfehlungen erhöhen sowie die Argumente und Entscheidungen des Bürger*innen-Rates als Diskussionsgrundlage für die Stadtgesellschafteinbringen. Dies ist unser Weg, von vielen Menschen getragene klimarelevante Entscheidungen durchzusetzen. Wir sind uns sicher, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel von der deutlichen Mehrheit der Menschen gefordert und unterstützt werden.

Unabhängig von unserem Engagement für die Einführung von Bürger*innen-Räten haben wir als Aktive im Rahmen unserer Grundwerte Positionen entwickelt und gefunden:

Die Menschheit steht aktuell vor vielen Herausforderungen globalen Ausmaßes, die jede Lebensgrundlage bedrohen. Wir sehen z.B. auch eine große Gefahr in der atomaren Bedrohung, sowie in den zahlreichen kriegerischen Konflikten. Im Gegensatz zu einem globalen Atomkrieg scheint es aber, als sei der Klimawandel nicht mehr aufzuhalten. Wir können nur noch versuchen, die Auswirkungen abzumildern. Deshalb müssen wir alles in unserer Kraft stehende unternehmen, um die anstehende Katastrophe soweit wie möglich einzugrenzen und uns gleichzeitig auf die Folgen einstellen.

Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise verursacht viele individuelle und gesellschaftliche Probleme. Die Klimakatastrophe ist unserer Meinung nach die folgenschwerste und ungerechterweise weltumspannend katastrophale Auswirkung. Die Kippunkte der Entwicklung zu irreversiblen Zuständen sind eine zu wenig bekannte Bedrohung, mit deren Mechanismen wir bisher keinerlei Erfahrung haben.

Im Gegensatz zur Mehrheit der Ratsmitglieder sehen wir die Ausrufung des Klimanotstandes als zwingend notwendig an. Global gesehen ist der Klimanotstand zweifellos bereits eingetreten.

Auch wir in Dortmund sind sowohl Betroffene als auch Verursacher und müssen schnell und entschieden handeln.

Die Ausrufung des Klimanotstandes erkennt diesen globalen Zustand an, zeigt auf, dass Dortmund daran beteiligt ist und bewirkt, dass bei jeder wichtigen Entscheidung im Rat und der Verwaltungsspitze die Auswirkungen auf das Klima dezidiert geprüft werden müssen mit dem gleichen Gewicht, mit dem etwa die Finanzierung als unverzichtbar zu klärende Randbedingung zu prüfen ist. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Instrument in Dortmund eingeführt und in zwei Punkten verschärft wird:

1. Entscheidungen, deren Auswirkungen nicht mindestens klimaneutral sind, sind nichtig. Dies soll auch rückwirkend gelten, weil die Stadtgesellschaft noch nicht

genug Erfahrung darin besitzt, direkte und indirekte Auswirkungen abzuschätzen. D.h. alle Entscheidungen erhalten einen entsprechenden Vorbehalt, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten.

2. Der Klimanotstand gilt auch für alle Unternehmen mit städtischer Beteiligung. Bei mehrheitlich städtischen Unternehmen wird dies sofort umgesetzt, bei Beteiligungen wirkt die Stadt in Zusammenarbeit mit ggf. anderen beteiligten öffentlichen Trägern und der Stadtgesellschaft auf die Einführung des Klimanotstands hin.

Der vom Rat der Stadt Dortmund mehrheitlich als überzogen kritisierte Begriff 'Klimanotstand' wird von uns aktiv und öffentlich verteidigt. Wer ihn für übertrieben hält, hat das Ausmaß der Katastrophe hier und in der Welt noch nicht verstanden.

Es ist jedoch nicht damit getan, anspruchsvollere Ziele zu setzen. Die Fortschritte müssen ausgehend von einer umfassenden Beschreibung der aktuellen Situation immer wieder überprüft und Defizite angegangen werden.

Dabei beginnt Dortmund nicht bei Null - mit dem "Handlungsprogramm Klimaschutz 2020" ist ein erster Aufschlag erfolgt und es ist an der Zeit, dass dem Geschäftsbericht von 2017 ein Abschlussbericht für das Handlungsprogramm folgt. Der Zwischenbericht zeigt für die Jahre 2008 bis 2014 eine deutliche Steigerung der installierten Photovoltaik auf, die in den Folgejahren bis 2015 jedoch wieder abflacht. Die Ursache dürfte im Wesentlichen die Verhinderungspolitik für erneuerbare Energien im Bund und vor allem im Land sein. Die Stadt Dortmund und ihrer Tochtergesellschaften können sich diesen Fehlentwicklungen entgegenstellen, indem z.B. offiziell alle Stellen eingespart werden, die sich mit der Kontrolle der Eigennutzung erneuerbarer Energien vor Berechnung der EEG-Umlage befassen. Sie kann weitere Windkraft-Vorranggebiete bestimmen, die wirksam werden, sobald die unsinnigen Restriktionen der Landespolitik zu Abstandsregelungen und Ausschreibungs-Bürokratie fallen.

Für die in der Verantwortung der Stadt Dortmund liegenden Handlungsfelder muß eine aktuelle Klimabilanz erstellt werden in der die weiteren Bereiche von Wohnen, Industrie und Gewerbe, Transport, u.s.w. abgeschätzt werden. Die Bauordnung muß um die Auflage erweitert werden, dass Dächer und geeignete Fassaden mit Sonnenkollektoren zu bestücken sind.

Die Stadt veröffentlicht regelmäßig 12 bis 6 Monate vor den Kommunalwahlen einen Klimabericht und belegt Fort- und Rückschritte in den Kapiteln Luftqualität, Verkehr, Energiebilanz, Regenwassermanagement, Trends und Perspektive.

Zusammenfassend unterstützen wir eure inhaltlichen Forderungen nach entschiedenem und kompromisslosem Handeln ausdrücklich. Wir streben die erforderliche Ausformulierung der Details über Bürger*innen-Räte an, was - wie schon gesagt - im Grunde genommen unsere Hauptforderung ist.

Wir wünschen euch viel Erfolg und gutes Gelingen, denn wir haben nur diesen Planeten.

Herzliche Grüße,

Bundsvorstand Basisdemokratie jetzt und Landesvorstand NRW Basisdemokratie jetzt